

## Ausgaben verschoben

Frankfurt muss sparen: „Es wird massive Einschnitte geben“, FR v. 13.1.

150 Millionen sollen eingespart werden, aus einem Topf für Neubauten von einer Milliarde. Nach meiner vielleicht naiven Meinung könnte man die gesamte Milliarde erstmal einsparen. Soll heißen: Ausgaben verschieben um ein bis zwei Jahre. 900 (!) Millionen für den Neubau der Städtischen Bühnen, 45 Millionen für die katholische Schule, etwa 50 Millionen für die Sanierung des Zoo-Gesellschaftshauses, davon 14 für den Bau eines neuen Kinder- und Jugendtheaters. Des wie vielen?

Das Geld könnte denen zufließen, die derzeit versuchen finanziell zu überleben: den Künstlern und Gastronomen, denen die aus dem Arbeitslosengeldraster fallen, weil selbstständig etc. Bin ich zu naiv? Trotzdem: Neubauten bringen kein Brot auf die Teller jener, denen es gerade unverschuldet schlecht geht. Es wäre doch an der Zeit, dass Frankfurter Politiker aller Couleur sich zusammenschließen und als ein Vorbild für andere Städte und Landkreise zuerst an die tägliche Not ihre Bürger denken. Theater spielen lässt sich vorläufig, wenn es wieder los geht, auch in den alten Häusern.

Ute Dollberger, Frankfurt



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.



## Der Umwelt verschrieben

„Da irrt sich aber Frau Rauscher gewaltig („Aushilfsjob“, 11.1.). Meister Adebar hat den Baby-Liefer-Service schon längst eingestellt, benötigt also auch keine Aushilfe mehr. Die Vögel haben sich neuerdings vielmehr der Umwelt verschrieben und helfen dem Schornsteinfeger mit ihren Messfühlern bei der Überprüfung der Emissionswerte aus den Kaminen, wie das Foto aus der Nachbarschaft zeigt“, schreibt Jürgen Antes, Frankfurt.

J. ANTES

## So geht es nicht weiter

Verkehrswende: „Ohne Umbau bleibt alles, wie es ist“, FR-Forum vom 9.1.

Es ist eine Mär, die immer noch in den Köpfen drin ist, dass nur der Autoverkehr den großen Umsatz in der Innenstadt bringt. Radfahrende und Fußgänger/innen gehen nachgewiesen häufiger in die Stadt und lassen dort genauso viel Geld wie die Menschen, die mit dem Auto anreisen. Die Waschmaschine oder Stereoanlage kann online in der Innenstadt gekauft werden, die Geschäfte haben in der Regel ein System, zur Anlieferung. Das bedeutet, dass das Argument, dass die Stadt für den Umsatz autogerecht bleiben muss, nicht mehr gilt. Wir brauchen dazu viele Gesprächskreise zum Thema lebenswerte Stadt und praktische Versuche, damit sich Bürger und Bürgerinnen sowie Anwohnende vorstellen können, wie schön es ist, wenn der Platz, den zur Zeit das Auto einnimmt, anders genutzt wird. Ideen liefern uns andere Städte, z.B. in Frankreich. Wir müssen den Mut haben und sagen: So geht es nicht mehr weiter, wir wollen uns wieder draußen aufhalten, ohne immer das Gefühl zu haben, über einen Parkplatz zu gehen.

Ursula Langer, Wiesbaden

## Wofür diese Besetzung?

Zu: „Vertriebenenbeauftragte steigt auf“, FR-Regional vom 11. Januar

Generationen von Herren werden sich noch mit den finanziellen Folgen der „Coronapandemie“ zu beschäftigen haben. Dies scheint Innenminister Beuth (CDU) nicht zu stören. Eine „altgediente Parteisoldatin“, Margarethe Ziegler-Raschdorf, soll als Landes-Vertriebenenbeauftragte nunmehr nach B6 (rund 7600 Euro pro Monat) vermutlich pensionswirksam besetzt werden. Erschwerend kommt hinzu, dass sie über einen Stab von mehreren Personen (Büroleiter und vier Mitarbeiterinnen) verfügen soll. Es stellt sich die Frage: Für was? Ein Insider berichtete, dass hier eigentlich nicht mehr viel zu bewegen sei. Es bleibt zu hoffen, dass hier Kraft Amtes der Hessische Rechnungshof und der Bund der Steuerzahler initiativ werden und diese „Selbstbedienungsmentalität“ rechtzeitig vor der Kommunalwahl an den Pranger stellen. Dieter Obst, Wiesbaden

## Den älteren Menschen wird der Impfwille verleidet

Zu: „Impfeinladung kommt per Post“, FR-Regional vom 6. Januar

Ein 80-Jähriger aus Bad Vilbel (ich wohne nebenan in Karben) muss bis nach Gießen und später nach Büdingen fahren, um sich impfen zu lassen, obwohl Frankfurt vor der Haustür liegt und in 20 bis 30 Minuten erreichbar ist. Zwar gehöre ich zur Gruppe der 70-Jährigen, aber das Problem kommt auf mich zu, wenn ich mich impfen lassen möchte. Offensichtlich haben die Verantwortlichen immer die autofahrende Bevölkerung im Blick. Ich bin noch mobil und brauche im

Grunde kein mobiles Impfteam, will aber nicht mit dem Auto nach Gießen oder Büdingen fahren. Mir scheint, dass man nicht überlegt hat, wenn jemand mit ÖPNV zum Impfzentrum kommen will. Ich schildere Ihnen mal folgende Fahrt: 1. von der Wohnung mit Bus zum Bahnhof Karben, 2. mit S-Bahn nach Bad Vilbel, 3. von dort mit Regionalbahn nach Altstadt, 4. von Altstadt mit Bus nach Büdingen, 5. in Büdingen mit Zubringerbus zum Impfzentrum. Anfahrt bis zu zwei

Stunden Rückfahrt genauso lang, zuzüglich Impfaufenthalt also im Endeffekt eine Tagesreise, obwohl man mit S-Bahn oder Pkw in 20 bis 30 Minuten in Frankfurt am Messegelände wäre. Es wurde wohl hier nur auf Zuständigkeit geachtet als auf Praktikabilität. Das ist einseitig gedacht. Insbesondere den Verantwortlichen im Wetteraukreis ist nichts Besseres eingefallen, als ein Impfzentrum am äußersten Rand des Kreises zu installieren, obwohl Friedberg in der Mitte liegt. Ich bin mir im

Klaren, dass bei der Terminvergabe eine Diskussion über den Impfort völlig zwecklos ist, aber unter diesen Gegebenheiten wird den älteren Mitmenschen der Impfwille verleidet.

Und noch eins: Man kann nicht immer alles Herr Spahn persönlich anlasten, aber den Quatsch denkt er sich nicht selbst aus, sondern er hat, sollte man meinen, hochqualifizierte Mitarbeiter, die die entsprechenden Vorgehensweisen ausarbeiten. Eckhard Lampert, Karben

## Eminenzbasierte Einschätzungen aus dem Gesundheitsamt

Coronavirus an Schulen: „Studie zu Klassenräumen: Luftfilter mindern Risiko“, FR-Regional vom 11. Januar

Der renommierte Leiter des Frankfurter Gesundheitsamtes, der Seuchenexperte Prof. René Gottschalk, hat sich seine Meriten zweifellos verdient und leistet wichtige praktische Arbeit; als Sachverständiger u.a. der Landes- und Kommunalpolitik geriert er sich als Experte qua Posten, der über wissenschaftlicher Evidenz zu stehen scheint. Obwohl sein sommerliches Zahlenorakeln („Was sagen die Daten?“) längst von Realität und Mathematik überspült wurde, verbreitet er weiterhin empirisch wider- oder unbelegte Privatwahrheiten.

Entgegen überwältigendem wissenschaftlichem Konsens stellt Gottschalk die Primärstra-

tegie der Eindämmung in Frage und hält es für „relativ leicht“, stattdessen durch gezielte (hellseherische?) Kontaktverfolgung Risikopatienten zu schützen. Im Widerspruch zu zahlreichen Faktenchecks und Expert\*innen verbreitet er die Corona-Leugner-Mär der „häufig“ falsch-positiven PCR-Tests.

Hartnäckig, aber ohne Begründung bestreitet Prof. Gottschalk den breiten wissenschaftlichen Konsens zur überragenden Bedeutung von Aerosol-Übertragungen, ohne die die meisten Superspreadingereignisse nicht erklärbar wären. Mit fatalen Folgen: So untersagt er den Einsatz von angeblich virenverbreitenden Luftfiltern an Schulen, während

er im Sommer noch von der überragenden Effektivität von Luftfiltern in Flugzeugen überzeugt war. Kontrafaktisch behauptet er im Widerspruch zum RKI, an Schulen fänden keine Ansteckungen statt, mit Masken (immerhin) und Fensterlüftung „droht keine Ansteckungsgefahr“, und für geteilte Klassen (Aerosole lassen grüßen) gebe es „keine infektiologische Notwendigkeit“. Da Kinder „erheblich weniger“, kleine Kinder „allenfalls ausnahmsweise ansteckend“ seien, könne man auf Quarantäne und Testungen an Schulen grundsätzlich verzichten.

Von solchen primär Eminenz-basierten Einschätzungen hängt das leibliche, wirtschaftli-

che und kulturelle Leben tausender Bürger\*innen ab. Ich halte es für grob fahrlässig, dass ein hochrangiger Vertreter des öffentlichen Gesundheitswesens die Gesundheitsgefahren und die elementare Bedeutung von Aerosolübertragung und Überdispersion von Sars-CoV-2 leugnet oder nicht versteht und eine private Durchsuchungsagenda à la Hendrik Streeck verfolgt.

Die Schilbbürgerpolitik der Beschwörungen und Verantwortungslosigkeit muss enden. Wir brauchen jetzt eine konsequente, transparente, evidenzbasierte Zero-Covid-Strategie!

Johannes Kasper, Frankfurt

**Diskussion:** [frblog.de/schulen](http://frblog.de/schulen)

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

**Alle Stimmen** dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/1f-20210118](http://frblog.de/1f-20210118)

**Übersicht** über die Themen: [frblog.de/aktuell](http://frblog.de/aktuell)